

mittelt über die Frankfurter Niederlassung der Firma Ihsan Barbouti International des Irakers Ihsan Barbouti, verkaufte etwa die Frankfurter Baumaschinenfirma Bischoff KG „einige Autos und Werkzeuge wie Schraubenzieher“ (ein Firmensprecher) nach Libyen. Die Preussag-Filiale in Darmstadt hat den libyschen Technologiepark mit Wasserbehandlungstechnik versorgt.

Der Export, so Preussag-Sprecher Friedrich Meyer, sei vom Bundesamt für Wirtschaft auf Wunsch seines Unternehmens „sorgfältig geprüft“ und für unbedenklich erklärt worden.

Die Thyssen Bausysteme GmbH in Dinslaken verhandelte 1985 „auftragsnah“ über Hallenbauteile, das Geschäft scheiterte aber an der Finanzierung. Insgesamt etwa 25 Unternehmen aus der Bundesrepublik verdienten am Bau in der Wüste.

## ATOMINDUSTRIE

### Jede Menge

**Der deutsche Siemens-Konzern hilft den bislang verfeindeten Nachbarländern Indien und Pakistan beim Betrieb von Atomanlagen.**

Daß einer der beiden Kernreaktoren der Tarapur Power Station (Taps) wegen eines defekten Ventils wieder einmal stilllag, kam den indischen Atommanagern ausgesprochen gelegen. So konnten sie, im Juni 1983, den Kollegen aus der Bundesrepublik anschaulich demonstrieren, wie anfällig die Nuklearanlage war und wie nötig sie Ersatzteile brauchten.

Denn der Erbauer der beiden 210-Megawatt-Siedewasserreaktoren, der US-

als Grundlage für die künftigen Geschäftsbeziehungen auszuarbeiten und vorzulegen.

Es entwickelte sich ein schwunghafter Handel mit hochsensiblen Nuklearzubehör, bis ins vergangene Jahr hinein. So lieferte Siemens/KWU beispielsweise Detektoren, die im Reaktorkern die Neutronenflußdichte messen, die schnell verschleifen und entsprechend häufig ausgetauscht werden müssen.

Das elektronische Meßgerät, das die Reaktorleistung überwacht und Störfälle signalisiert, ist gemäß Ziffer 0203d der Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung genehmigungspflichtig. Und Bonn hat die Lieferung tatsächlich erlaubt.

In eine ähnliche Notlage wie der damalige Erzfeind Indien war auch Pakistan beim Betrieb seiner Atomanlage geraten. Der Hersteller des Reaktors Karachi Nuclear Power Project (Kanupp), das kanadische Unternehmen Canadian General Electric, hatte 1980 wegen des von Kanada verhängten Embargos die Geschäftsbeziehungen zu Pakistan abgebrochen.

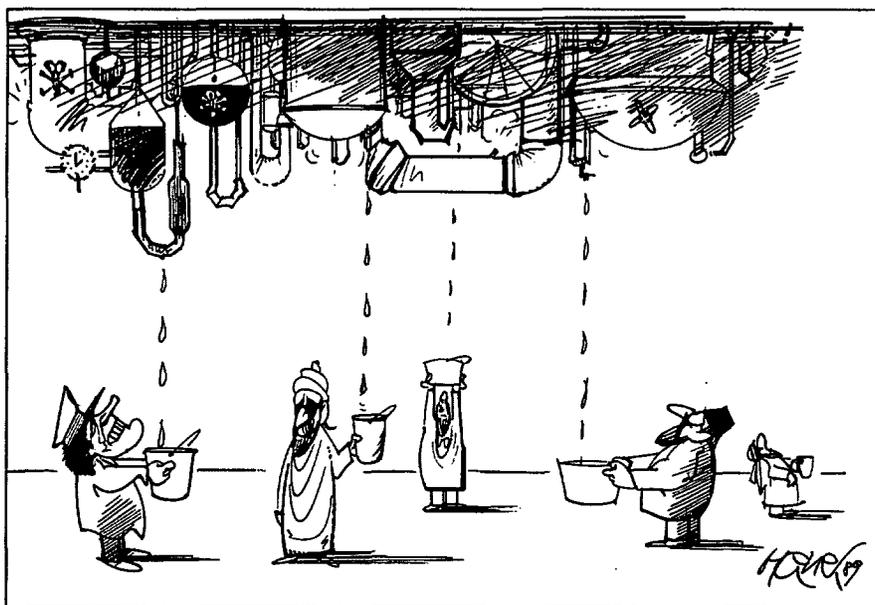
Der asiatische Staat, der dem Non-Proliferationsabkommen nicht beigetreten ist, verfolgte den Plan, gemeinsam mit Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi die „islamische Bombe“ zu bauen. Dafür war der Kanupp-Reaktor vom Typ „Candu“ unerlässlich. In dem Schwerwasser-Meiler, der mit Natururan gespeist wird, fällt als Nebenprodukt waffentaugliches Plutonium an.

Wieder waren Manager des deutschen Kraftwerkbauers Siemens/KWU zur Stelle. Im Februar 1986 inspizierten sie die Kanupp-Anlage. Die pakistanischen Betreiber legten, wie sie notierten, eine lange Wunschliste vor: Sie wollten vor allem eine neue Elektronik für den Reaktor, einen Simulator und jede Menge „Know-how“.

Die Geschäftsbeziehungen zwischen dem pakistanischen Nuklearunternehmen, das weltweit im Verdacht steht, Plutonium für die Bombe zu produzieren, und dem deutschen Siemens-Konzern ließen sich gut an. Als erstes wurden pakistanische Ingenieure in deutschen KWU-Betrieben geschult.

Und vor rund einem Jahr gab der pakistanische Partner bei Siemens/KWU eine konkrete Lieferung in Auftrag: Systeme für die Neutronenflußmessung im Reaktor zum Preis von rund einer Million Mark. Es handelt sich, wie schon bei dem indischen Atomkraftwerk in Tarapur, um Teile, die für den Betrieb des Reaktors unerlässlich sind.

Daß der Elektro-Multi Siemens als Reparaturbetrieb in den atomaren Schwellenländern Indien und Pakistan einspringt, die von Amerika wegen des Verdachts der militärischen Nutzung ihrer Kernanlage boykottiert werden, bringt die deutsche Atomindustrie und die Bonner Wächter über die rein friedliche Verwendung der Produkte international abermals in Verruf. Die Vorwürfe,



Rheinischer Merkur

### Made in Germany

Die libysche Giftküchen-Affäre könnte schnell geklärt werden, wenn Gaddafi sich einer internationalen Inspektion der Produktionsanlagen unterwürfe.

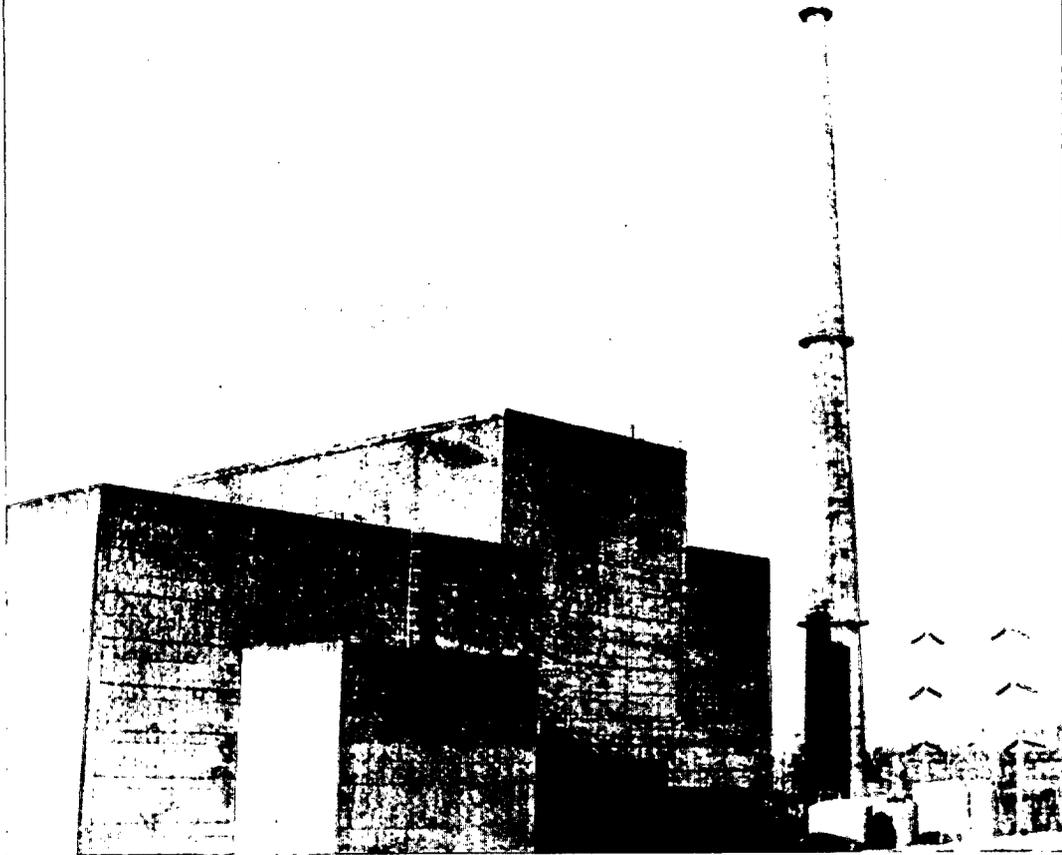
Zwar könnten – aus Sicht von Experten (siehe Seite 169) – solche Kontrollen manipuliert werden, indem die Produktion kurzfristig von C-Waffen auf andere Stoffe umgeschaltet wird. Dann aber müßte Gaddafi sich grundsätzlich gegen eine laufende internationale Überwachung seiner Chemieanlagen wehren, wie es die USA derzeit bei ihren Fabriken tun – aber das will er wohl gar nicht.

Jürgen Hellner, Bonns Botschafter in Tripolis, funkte letzte Woche, von Genscher zu Gaddafi geschickt, die Antwort auf ein solches Ansinnen in die Bonner Zentrale: Libyen stimme einer internationalen Verdachtskontrolle zu – aber nur, wenn eine solche Maßnahme weltweit eingeführt werde.

Konzern General Electric, hatte auf Geheiß der amerikanischen Regierung schon fünf Jahre zuvor die Lieferung jeglicher Austauschteile gestoppt. Der Grund: Indien hatte 1974 den ersten atomaren Sprengsatz gezündet und sich geweigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, internationale Kontrollen der Nuklearbetriebe wurden nicht gestattet.

Die westdeutschen Besucher versprochen den Taps-Betreibern und der indischen Atomenergiebehörde, anstelle des ausgestiegenen US-Lieferanten einzuspringen – die Helfer waren Manager der zur Siemens AG gehörenden Kraftwerk Union (KWU), Deutschlands größtem Reaktorbauer.

Die KWU-Experten verabschiedeten sich mit der Zusicherung, nach Rücksprache mit dem Bonner Wirtschaftsministerium ein „General Agreement“, wie die indische Atombehörde vermerkte,



Indisches Atomkraftwerk in Tarapur: Radioaktive Verseuchung 500fach über dem Limit

die diesmal zu erwarten sind, werden schwerer wiegen als die von den Amerikanern in Libyen entdeckte Chemiefabrik (siehe Seite 88).

Wurden bislang deutsche Firmen dabei erwischt, wie sie nukleares Material ins Ausland verschoben, so ordnete die Bundesregierung diese Geschäfte stets einem grauen Markt zu, auf dem sich Kriminelle tummelten. Zuletzt war das so bei den Managern der beiden hessischen Firmen Neue Technologien GmbH (NTG) und Physikalisch Technische Beratung (PTB), gegen die wegen illegaler Nuklearexporte nach Pakistan, Indien und Südafrika ermittelt wird.

Mit Siemens steht hinter dem Nukleardeal mit den beiden verfeindeten asiatischen Nachbarstaaten nun aber ein renommierter Multi. Und den Nuklearteile-Export nach Indien hat die Bundesregierung selber gefördert.

Die Genehmigungen für Anlagenteile, aber auch für Kernbrennstoffe, seien erteilt worden, begründet das Bonner Wirtschaftsministerium sein Einverständnis, weil die Bundesrepublik ein bilaterales Abkommen mit Indien geschlossen habe.

Diese Vereinbarung sehe vor, daß Indien eine Überwachung auf ausschließlich friedliche Nutzung der von Siemens/KWU belieferten Taps-Reaktoren gestatte.

Von beantragten Genehmigungen für Siemens-Nuklearexporte nach Pakistan hatte das Ministerium letzte Woche in dessen noch keine Kenntnis.

Die Nuklearausfuhren in den asiatischen Subkontinent bringen die Bundes-



Atommanager Barthelt  
Aufträge verschwiegen

regierung auch wegen des „Londoner Abkommens“ von 1975 in eine heikle Lage. Denn eine der Zielsetzungen des „Nuclear Suppliers Club“, dem auch die USA, Kanada und die Bundesrepublik angehören, war die „Wettbewerbsgleichheit beim Nuklearexport“. Die USA und Kanada haben nun Grund, sich vom deutschen Partner hintergangen zu fühlen.

Die KWU, bis Oktober 1987 eine 100prozentige Siemens-Tochter und seitdem als „Unternehmensbereich

KWU“ in den Konzernen eingegliedert, hat mit zwei Ausnahmen alle neueren bundesdeutschen Atommeiler gebaut. Im Auslandsgeschäft, verkündete KWU-Chef Klaus Barthelt vor anderthalb Jahren, baue das Unternehmen in Spanien, Argentinien und Brasilien. Außereuropäische Auftragschancen, erklärte die Geschäftsführung im letzten Februar, sehe sie in Ägypten, China, Indonesien und Japan. Die laufenden Reparaturaufträge für Indien und Pakistan in Millionenhöhe nannte die Firmenleitung nicht.

Vor allem der Deal mit dem bombengierigen Pakistan sollte in aller Stille abgewickelt werden. Um nach außen den Eindruck einer direkten Geschäftsbeziehung zu vermeiden, schlugen

die Kanupp-Betreiber, wie ein pakistanischer Atomexperte weiß, bei ihrem Meeting vor drei Jahren den KWU-Managern einen Umweg vor: Siemens Pakistan Engineering Ltd in Karatschi, eine 64prozentige Siemens-Tochter, sollte die elektronischen Reaktorteile bei der KWU in Deutschland kaufen, zusammenbauen und weiter an Kanupp veräußern.

Die verschleierte Geschäftswege belegen, wie wenig von den Maßnahmen zu erwarten ist, die Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) nach dem Hanauer Atomskandal um falsch deklarierte Fässer und Schmiergeldzahlungen angekündigt hatte. Er verlangte „Sicherheit vor Wettbewerb“ und drängte den Siemens-Konzern im September vergangenen Jahres, die Hanauer Brennelementefirmen zu übernehmen und in seinen „Unternehmensbereich KWU“ einzugliedern.

Auch die unternehmerischen Aktivitäten von Siemens/KWU im indischen Atomkraftwerk Tarapur lassen nicht darauf schließen, daß es dem Elektro-Multi mehr als anderen um die Sicherheit geht. Der älteste indische Reaktor, den die deutschen Kraftwerkbauer am Leben erhalten, mußte nach Ansicht von Atomexperten längst verschrottet sein.

Die radioaktive Verseuchung der Anlage in Tarapur liegt um das 500fache über dem Limit, das die USA für die Strahlung ihrer Reaktoren gesetzt haben. Ein besorgter indischer Reaktorspezialist hält deshalb das KWU-Engagement für „lebensbedrohend“.